

Verhandlungsposition David Davis (*1948), britischer Brexit-Minister

4a: David Davis: Verbleib im EU-Binnenmarkt unwahrscheinlich

Der britische Brexit-Minister David Davis hält einen Verbleib Großbritanniens im Europäischen Binnenmarkt nach einem EU-Austritt für unwahrscheinlich. Man wolle Zugang zum Binnenmarkt, aber nicht Teil davon sein. Das sagte Davis bei der Vorstellung seines Brexit-

5 Fahrplans im Parlament am Montag in London. Grund dafür sei die geplante Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für EU-Bürger in dem Land.

Davis zeigte sich zuversichtlich, trotz Einschränkungen für die Freizügigkeit von EU-Bürgern zu einem vorteilhaften Handelsabkommen mit der EU zu gelangen. „Ein Freihandelsabkommen ist kein einseitiges

10 Geschenk, es ist von beiderseitigem Interesse“, sagte Davis. Die Kontrolle der Einwanderung sei von größter Bedeutung für die britische Regierung. Mit Verweis auf die Exporte der deutschen Autoindustrie nach Großbritannien sagte Davis, die EU werde aus eigenem Interesse einem Abkommen mit Großbritannien zustimmen.

Aus: David Davis: Verbleib im EU-Binnenmarkt unwahrscheinlich, RP-Online vom 05.09.2016 © Rheinische Post.



Foto © imago/ZUMA Press

4b: Brexit-Minister spricht sich für eine „starke EU“ aus

Großbritannien setzt nach Regierungsangaben auch nach einem geplanten EU-Austritt darauf, dass die Staatengemeinschaft erfolgreich ist. „Wir wollen eine starke Europäische Union“, sagte Brexit-Minister David Davis am Montag der Agentur BNS zufolge bei einem Besuch in Estlands Hauptstadt Tallinn. Davis dementierte Medienberichte, wonach London die EU durch engere Beziehungen mit Staaten in Osteuropa zu

5 spalten versuche: „Die einfache Antwort ist Nein“. Die Zeitung „The Times“ hatte zuvor über Debatten in der britischen Regierung über eine mögliche Umlenkung von Entwicklungshilfegeldern nach Osteuropa berichtet, um auf ein besseres Brexit-Abkommen hinzuwirken. Davis zeigte sich überzeugt, in den noch ausstehenden Austrittsverhandlungen zügig eine Einigung über die Rechte der Bürger von Großbritannien und der EU nach dem Brexit zu erzielen. „Ich sehe keinen Grund, warum wir keine sehr, sehr schnelle Antwort auf diese Frage

10 finden könnten“, sagte er. Es sei im Interesse Großbritanniens, dass auch weiterhin talentierte Europäer zu Studium und Arbeit auf die britische Insel kommen.

Aus: „Brexit-Minister spricht sich für eine ‚starke EU‘ aus“ (20.02.2017) © dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

4c: Brexit-Minister: Rechte von Bürgern haben Priorität bei Verhandlungen

Für Brexit-Minister David Davis sind die Rechte der Bürger Großbritanniens und der EU der „wahrscheinlich emotionalste“ und wichtigste Punkt in den noch ausstehenden Austrittsverhandlungen. Sie würden ganz oben auf der Verhandlungsliste stehen, sagte der für den EU-Austritt zuständige britische Minister am Dienstag bei einem Besuch in Lettlands Hauptstadt Riga. Großbritannien möchte nach Angaben

5 von Davis eine Vereinbarung erreichen, die so zivilisiert und verantwortungsvoll wie nur möglich sei. London trage eine moralische und rechtliche Verantwortung für die Menschen und strebe eine Lösung an, die für beide Seiten gleichermaßen großzügig ist. Die britische Premierministerin Theresa May will bis Ende März Brüssel formell über den geplanten Brexit in Kenntnis setzen. In Großbritannien fürchten Hunderttausende EU-Einwanderer wegen des anstehenden Austritts um ihre Existenz.

10 „Es ist keine Scheidung, es ist ein neues Verhältnis, wonach wir suchen“, sagte Davis über den geplanten EU-Austritt. „Wir wollen, dass unser Nachbar, die Europäische Union, mächtig, effektiv, erfolgreich ist – politisch wie auch wirtschaftlich. Und wir werden tun, was wir können, um sicherzustellen, dass dies passiert.“ London wolle auch nach dem Brexit seinen internationalen Verpflichtungen in Sicherheits- und Verteidigungsfragen und in den Bereichen Inneres und Justiz nachkommen. „Wir werden weiterhin ein guter

15 Weltbürger und ein guter europäischer Bürger sein.“

Aus: „Brexit-Minister: Rechte von Bürgern Priorität bei Verhandlungen“ (21.02.2017) © dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

4d: „Tür für EU-Einwanderer bleibt offen“

Die britische Regierung hat erstmals eingeräumt, dass das Land nach dem Brexit auf Einwanderer aus anderen europäischen Ländern angewiesen bleiben wird, weil britische Arbeitnehmer die Stellen der Migranten nicht übernehmen wollen. „Es werden Jahre und Jahre vergehen, bis wir britische Bürger so weit haben, dass sie diese Arbeit erledigen“, sagte der britische Brexit-Minister David Davis bei einem Besuch in der estnischen

5 Hauptstadt Tallinn. Großbritannien werde nach dem EU-Austritt nicht nur hochqualifizierte Einwanderer benötigen, sondern auch ausländische Arbeitskräfte in einfachen Beschäftigungen, sagte Davis. Als Beispiele nannte er Hotels, Restaurants, die häusliche Pflege und die Landwirtschaft.

Die Tür für EU-Einwanderer werde offen bleiben, versicherte der Brexit-Minister. Innenpolitisch ist das

brisant, denn vor und nach dem britischen Austritts-Referendum im Juni 2016 haben führende EU-Gegner auf

10 der Insel immer wieder signalisiert, nach dem Brexit solle die unpopuläre Einwanderung stark gesenkt werden. Premierministerin Theresa May sagte diesen Monat, britische Arbeitnehmer würden durch die EU-Einwanderer „verdrängt“. Davis dagegen räumt nun ein, dass viele Briten die häufig schlecht bezahlten und körperlich anstrengenden Arbeitsplätze von Migranten gar nicht haben wollen. Die stark gestiegene Einwanderung vor allem aus Ost- und Südeuropa war ein Hauptgrund dafür, warum viele Briten für den Brexit

15 gestimmt haben. In den zwölf Monaten bis Juni 2016 kamen netto 189.000 EU-Migranten hinzu, ein Rekordwert. Sie machen inzwischen knapp 5 Prozent der britischen Bevölkerung aus, ein Anteil der in etwa gleich hoch ist wie in Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Arbeitslosigkeit deutlich gesunken – trotz Zuwanderung

Die Briten wollen die EU im Frühjahr 2019 verlassen. Doch schon jetzt gibt es wegen des Brexits Anzeichen

20 für Engpässe am Arbeitsmarkt. Jedes vierte britische Unternehmen rechnet damit, dass Angestellte aus anderen EU-Staaten 2017 ihren Arbeitsplatz aufgeben und das Königreich verlassen werden. Das zeigt eine in diesem Monat veröffentlichte Umfrage des Berufsverbands der britischen Personalfachleute unter mehr als tausend Unternehmen auf der Insel. Supermarktketten wie Tesco und Asda sowie der britische Bauernverband haben in einem gemeinsamen offenen Brief vor einer Personalknappheit durch eine restriktivere

25 Einwanderungspolitik gewarnt. Trotz der Zuwanderung ist die Arbeitslosigkeit in Großbritannien in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. Im Herbst lag die Arbeitslosenquote bei 4,8 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit elf Jahren. Zugleich sind rund eine Dreiviertelmillion britische Arbeitsplätze mangels geeigneter Kandidaten unbesetzt.

Probleme beim Gemüseanbau?

30 Migrationsexperten erwarten, dass eine deutliche Beschränkung der EU-Zuwanderung die Zukunft arbeitsintensiver Branchen wie etwa des heimischen Gemüseanbaus in Frage stellen würde. Stattdessen müsse der britische Bedarf in Zukunft womöglich stärker durch Agrarimporte aus dem Ausland gedeckt werden. Die Regierung in London müsse nach dem Brexit bei der Vergabe von Arbeitsvisa für EU-Bürger entscheiden, welche Branchen bevorzugt mit ausländischen Arbeitskräften versorgt werden sollen und welche nicht, sagte

35 kürzlich Madeleine Sumption (Universität Oxford). Wenn man die Einwanderungszahlen senken wolle, dann werde es bei den britischen Unternehmen zwangsläufig „Gewinner und Verlierer geben“.

Aus: „Tür für EU-Einwanderer bleibt offen“, FAZ.NET vom 21.02.2017 von F.A.Z. © Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

4e: Weißbuch vorgelegt – Briten präsentieren Brexit-Plan

Die britische Premierministerin May hatte einen „harten Brexit“ bereits angekündigt. Nun hat Brexit-Minister Davis dem Parlament das „Weißbuch“ für die Trennung von der EU vorgestellt. [...] Im Wesentlichen wurden

in dem 77 Seiten umfassenden „Weißbuch“ die zwölf Punkte bekräftigt, die Premierministerin Theresa May

bereits Mitte Januar dargelegt hatte. Demzufolge strebt sie einen harten Brexit an, bei dem das Königreich aus

5 dem Binnenmarkt und der Zollunion austritt und ein neues Freihandelsabkommen mit der EU vereinbart. Bei dem angestrebten Abkommen mit der EU könnten Elemente der derzeitigen Vereinbarungen zum Binnenmarkt in gewissen Bereichen übernommen werden, heißt es in dem Weißbuch.

Bank of England glaubt an mehr Wachstum

Die britische Notenbank hat trotz aller Unsicherheiten rund um den Brexit ihre Wachstumsprognose für dieses

10 Jahr deutlich angehoben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde um zwei Prozent zulegen, teilte die Bank of England mit. Noch vor drei Monaten hatte sie lediglich 1,4 Prozent vorausgesagt. Auch die Prognosen für die nächsten Jahre hob sie leicht an: von 1,5 auf 1,6 Prozent für 2018 und von 1,6 auf 1,7 Prozent für 2019. Grund für die besseren Aussichten seien die höheren Staatsausgaben, die die Regierung im November angekündigt hatte, erklärte die Bank. Weitere Faktoren seien eine stabile weltwirtschaftliche Lage, gute Entwicklungen auf

15 den weltweiten Aktienmärkten und günstige Kredite.

Konsumenten vom Brexit unbeeindruckt

Die Notenbank sieht bisher außerdem keine Anzeichen dafür, dass die Konsumausgaben als Reaktion auf das Brexit-Referendum zurückgehen. „Die Inlandsnachfrage war in den vergangenen Monaten höher als erwartet“, erklärte die Bank of England. Allerdings werde sich das Tempo wohl verlangsamen. „Weiterhin moderate²⁰ Lohnerhöhungen und höhere Importpreise wegen der Abwertung des Pfunds werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren zu niedrigeren realen Haushaltseinkommen führen.

Auszug aus Tagesschau-Text „Weißbuch vorgelegt: Briten präsentieren Brexit-Plan“ vom 02.02.2017 © NDR Media GmbH

- 1. Arbeiten Sie die Argumente Ihres Akteurs in der Verhandlungsrunde mithilfe der Materialien heraus.**
- 2. Entwickeln Sie in Ihrem Ausgangsteam (a) ein zentrales Verhandlungsziel, (b) eine Argumentationsstrategie für die Verhandlungsrunde und (c) ggf. antizipierte Gegenargumente der anderen Verhandlungsteilnehmenden.**